

Karl-Rudolf Korte (Hrsg.)

Die Bundestagswahl 2009

Karl-Rudolf Korte (Hrsg.)

# Die Bundestags- wahl 2009

Analysen der Wahl-, Parteien-,  
Kommunikations-  
und Regierungsforschung



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der  
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über  
<<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

1. Auflage 2010

Alle Rechte vorbehalten

© VS Verlag für Sozialwissenschaften | Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH 2010

Lektorat: Frank Schindler

Redaktion: Patrick Hintze, Franziska Zentner (NRW School of Governance, Universität Duis-  
burg-Essen)

VS Verlag für Sozialwissenschaften ist eine Marke von Springer Fachmedien.

Springer Fachmedien ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media.

[www.vs-verlag.de](http://www.vs-verlag.de)



Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Umschlaggestaltung: KünkelLopka Medienentwicklung, Heidelberg

Druck und buchbinderische Verarbeitung: Ten Brink, Meppel

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Printed in the Netherlands

ISBN 978-3-531-17476-1

# Inhalt

<i>Karl-Rudolf Korte</i>	9
<b>Die Bundestagswahl 2009 – Konturen des Neuen</b>	
Problemstellungen der Regierungs-, Parteien-, Wahl- und Kommunikationsforschung	

## Teil I: Wahlforschung

<i>Matthias Jung/Yvonne Schroth/Andrea Wolf</i>	35
<b>Wählerverhalten und Wahlergebnis</b>	
Regierungswechsel ohne Wechselstimmung	

<i>Rüdiger Schmitt-Beck/Ansgar Wolsing</i>	48
<b>Der Wähler begegnet den Parteien</b>	
Direkte Kontakte mit der Kampagnenkommunikation der Parteien und ihr Einfluss auf das Wählerverhalten bei der Bundestagswahl 2009	

<i>Thorsten Faas</i>	69
<b>Das fast vergessene Phänomen</b>	
Hintergründe der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2009	

## Teil II: Parteienforschung

<i>Jan Treibel</i>	89
<b>Was stand zur Wahl 2009?</b>	
Grundsatzprogramme, Wahlprogramme und der Koalitionsvertrag im Vergleich	

<i>Ulrich Eith</i>	117
<b>Volksparteien unter Druck</b>	
Koalitionsoptionen, Integrationsfähigkeit und Kommunikationsstrategien nach der Übergangswahl 2009	

<i>Ton Nijhuis</i>	130
<b>Regieren und Parteienwettbewerb in einem nivellierten Vielparteiensystem</b>	
Was erwartet die deutschen Parteien? Eine Antwort aus den Niederlanden.	
<i>Ludger Helms</i>	149
<b>Lernen von Österreich?</b>	
Parteienwettbewerb und Regierungsbildung im Zerrspiegel der Alpenrepublik	
<i>Lothar Probst</i>	167
<b>Wird das deutsche Parteiensystem „europäischer“?</b>	
Die Entwicklung des deutschen Parteiensystems im europäischen Vergleich	
 <b>Teil III: Kommunikationsforschung</b>	
<i>Klaus Kamps</i>	187
<b>Zur Modernisierung und Professionalisierung des Wahlkampfmanagements</b>	
Die Kampagnenorganisationen im Vergleich	
<i>Hagen Albers</i>	227
<b>Politik im „Social Web“</b>	
Der Onlinewahlkampf 2009	
<i>Christoph Bieber</i>	239
<b>Das „Kanzlerduell“ als Multimedia-Debatte</b>	
Politische Kommunikation und Bürgerbeteiligung zwischen TV und Internet	
<i>Jackson Janes</i>	262
<b>The Battle for the Ballot</b>	
Pursuing the Volatile Voter	

**Teil IV: Regierungsforschung**

<i>Andreas Blätte</i>	273
<b>Reduzierter Parteienwettbewerb durch kalkulierte Demobilisierung</b> Bestimmungsgründe des Wahlkampfverhaltens im Bundestagswahlkampf 2009	
<i>Tim Spier</i>	298
<b>Das Ende der Lagerpolarisierung?</b> Lagerübergreifende Koalitionen in den deutschen Bundesländern 1949-2009	
<i>Niko Switek</i>	320
<b>Unpopulär aber ohne Alternative?</b> Dreier-Bündnisse als Antwort auf das Fünfparteiensystem	
<i>Timo Grunden</i>	345
<b>Ein schwarz-gelbes Projekt?</b> Programm und Handlungsspielräume der christlich-liberalen Koalition	
Tabellen- und Abbildungsverzeichnis	371
Literaturverzeichnis	375
Autorenverzeichnis	405
Dank	407

## **Die Bundestagswahl 2009 – Konturen des Neuen Problemstellungen der Regierungs-, Parteien-, Wahl- und Kommunikationsforschung**

Die Bundestagswahl von 2009 bleibt ein Solitär: Die Wählermobilisierung stand einzigartig im Schatten der Großen Koalition und der Weltwirtschaftskrise. Die Analysen der Regierungs-, Parteien-, Wahl- und Kommunikationsforschung stehen insofern vor einer besonderen Herausforderung. Denn neben der punktuellen Erforschung des Wahlergebnisses aus einem sozialwissenschaftlichen Verständnis heraus, sind auch die Schlussfolgerungen für die wissenschaftliche Politikberatung wichtig, die sich gerade längerfristig und verallgemeinerbar aus der Wahl ergeben. Doch sowohl der Parteienwettbewerb in Deutschland als auch die Einstellungsprofile der Wähler korrelierten mit dem Sonderformat der Großen Koalition und der ökonomischen Krisen-Konstellation.

Dieser doppelten Besonderheit verdanken wir strategische Momente, die für den Parteienwettbewerb im Superwahljahr 2009 signifikant waren. Zweifellos gehört der gemeinsame Auftritt von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und ihres Finanzministers Peer Steinbrück (SPD) im Oktober 2008 zur Vorgeschichte so eines strategischen Moments: Beide erklärten im Namen der Bundesregierung, dass die Einlagen der privaten Konten sicher sind.<sup>1</sup> Sicherheit, Krisen-Sicherheit wurde ganz bewusst suggeriert, in einer Zeit, in der mehr denn je Ungewissheit zum Tagesgeschäft gehörte. Die politischen Spitzenakteure einer Regierung sind in eine Regierungsformation eingefügt (Grunden 2009: 67). Als Kollektivakteur ist die Formation extrem fragil und fluid. Handlungsfähig sind die Spitzenakteure, die wiederum ihr Politikmanagement unter den Bedingungen von politischer Komplexität und Unsicherheit organisieren (Luhmann 1983; Scharpf 1970). Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) formulierte dies einem Spiegel-Inter-

---

<sup>1</sup> Wenige Stunden zuvor sah sich die Bundesbank praktisch nicht mehr in der Lage, 500 Euro-Scheine den Banken zur Verfügung zu stellen, weil bereits zu viele Kunden Geld abgehoben hatten.

view: „Ich bemühe mich um Rationalität. Tue nur das, von dem du überzeugt bist! Politische Verantwortung heißt, bei Unsicherheiten und unvollständigen Informationen Entscheidungen zu treffen. Das unterscheidet Politiker von Wissenschaftlern und Kommentatoren“ (zit.n. Sauga/Feldkirchen/Kurbjuweit 2008). Dies beschreibt ganz treffend ein strategisches Dilemma jeder Bundesregierung, nämlich strategische Entscheidungen zu treffen unter dem „Schleier des Nichtwissens“ (Rawls 1979). Das Ausmaß des Nichtwissens hat sich zudem ganz offensichtlich in Zeiten der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 potenziert. Das Nichtwissen hat eine auch mittlerweile öffentlich anerkannte Zentralität erreicht (Bösch/Schneider/Lerf 2004). Die Krise bedeutet für jede Regierung einen markanten Einschnitt im Hinblick auf das komplette Politikmanagement und die politische Legitimation des Regierungshandelns. Die Unsicherheitskrise hängt mit der Tiefe des ökonomischen Abschwungs ebenso zusammen wie mit der Ratlosigkeit, diesem mit nachhaltigem Politikmanagement zu begegnen. Zweifelsohne handelt es sich um einen besonderen strategischen Moment in der Regierungssteuerung.

Weitere Besonderheiten kennzeichneten den Wahlkampf und das Wahlergebnis:<sup>2</sup>

- Die Wählermobilisierung verlief äußerst schleppend. Kontroverse, emotionale, skandalträchtige inhaltliche Auseinandersetzungen, die einem Wahlkampf das spezifische Markenzeichen verleihen, fehlten. Die Große Koalition zelebrierte ihre gemeinsame Regierungsbilanz, ohne jedoch einen Koalitionswahlkampf führen zu wollen. Die Kanzlerin, die einen extrem Kanzlerzentrierten und präsidentiellen Wahlkampf führte, ließ risikoreich in keiner Phase eine Polarisierung aufkommen. Jede Idee nahm sie dankbar auf: Keine Experimente! Mit so einem Vermeidungswahlkampf auf Samtpfoten erzwang sie systematisch und strategisch professionell eine Demobilisierung der SPD.
- Kanzlerin und Kanzlerkandidat (in der Doppelrolle des Vizekanzlers) gingen ungewöhnlich soft miteinander um. Persönliche Angriffe zwischen beiden fielen aus (Murswiek 2009: 12ff; Korte/Fröhlich 2009).
- Angela Merkel ist in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland die erste Bundeskanzlerin, die mit zwei verschiedenen Koalitionen (Große Koalition und Kleine Koalition) regiert.

---

<sup>2</sup> hierzu Forschungsgruppe Wahlen 2009, Infratest Dimap 2009a, Korte 2009c sowie insbesondere die Beiträge von Faas, Albers und Jung/Schroth/Wolf i.d.B.



- Die Bundestagswahlen weisen mehr Veränderung in den Stimmenanteilen auf als alle Bundestagswahlen seit 1957 (Weßels 2009a: 33ff). Rund 13 Millionen Wähler haben sich im Vergleich zur Bundestagswahl von 2005 von einer Partei zur anderen oder zu den Nichtwählern bewegt. Knapp 29 Prozent aller Wähler des Jahres 2005 haben sich umentschieden.
- Der Vorsprung der Union (mit dem zweitschlechtesten Ergebnis seit 1949) vor der SPD (mit dem schlechtesten Ergebnis der Nachkriegsgeschichte) ist mit 10,8 Punkten so groß wie seit 1957 nicht mehr. Niemals zuvor hat eine Partei bei Bundestagswahlen zweistellig verloren wie die SPD: ein Verlust von 11,2 Punkten.
- Die Qualität des Parteienwettbewerbs hat sich nachhaltig durch die Wahl verändert (Decker 2009a; Lösche 2009): die Verfestigung und Verstetigung des Fünf-Parteien-Systems; die Bekräftigung des bipolaren Systems zweier zumindest koalitionspolitisch abgrenzbarer Lager; das weitere Abschmelzen des Konzentrationsprozesses der traditionellen Volksparteien Union und SPD (nur noch 56,8 Prozent, in den 70er Jahren noch über 90%); der Dekonzentrationsprozess verläuft zeitgleich mit dem Aufstieg von mittelgroßen Parteien.
- Niemals zuvor haben sich weniger Bürger an den Bundestagswahlen beteiligt als 2009. Rund 18 Millionen Menschen (soviel Einwohner wie in Nordrhein-Westfalen leben) wählten nicht. Insgesamt nahmen 70,8 Prozent der 62.168.489 Wahlberechtigten an der Abstimmung teil. Damit verringerte sich das Beteiligungsniveau um 6,9 Prozentpunkte gegenüber 2005 (77,7 Prozent). Somit sind fast 30 Prozent der Wahlberechtigten nicht zur Wahl gegangen. Verlierer sind vor allem die Volksparteien: 1,1 Millionen Stimmen hat die CDU, 2,2 Millionen die SPD an die Nicht-Wähler abgegeben. Seit der ersten Bundestagswahl von 1949 war die Wahlbeteiligung niemals zuvor so stark zurückgegangen wie 2009. Gekoppelt mit der niedrigsten Quote kann man das schon als Zäsur der Wahlgeschichte bezeichnen.

Für die politikwissenschaftliche Begleitung der Bundestagswahl ergeben sich angesichts dieser Rekorde und Superlative eine Reihe von Fragestellungen. Sie sollen in diesem Konzeptionsband erarbeitet und beantwortet werden. Dabei wird immer abzuwägen sein, was an der zurückliegenden Bundestagswahl typisch oder komparativ eher untypisch war.

Nachfolgende Überlegungen geben überblicksartig erste Interpretationsmuster aus den Bereichen Regierungs-, Parteien-, Wahl- und Kommunikationsforschung wieder.

# 1 Regierungs- und Parteienforschung

## 1.1 Koalitions-Lotterie: Neue Formeln zur Macht

Die Bundestagswahlen von 2005 hatten die Qualität von critical elections: Es wird nie mehr so, wie es vorher einmal war (Korte 2005: 12ff). Erst seit der Bundestagswahl von 2005 existiert ein asymmetrisches, changierendes Fünfparteiensystem mit neuer Qualität und mit weitreichenden Konsequenzen sowohl für die Regierungsbildung im Bund, als auch in den westdeutschen Ländern (Niedermayer 2007: 114ff). Jenseits der Großen Koalition sind entlang der tradierten parteipolitischen Lager keine Bündnisse mehr kalkulierbar mehrheitsfähig, wie es jahrzehntelang die Koalitionsbildungen in Deutschland erwartbar bestimmte. Erschwert wurde diese Unübersichtlichkeit dadurch, dass das Potential der SPD als Multikoalitionspartei auf Eis lag. Zumindest bis zur nächsten Bundestagswahl 2013 wird die Tabuisierung der Linken auf Bundesebene weiter gepflegt werden. Vielparteien-Parlamente können zwar noch zu Zweierkoalitionen führen, aber weniger verlässlich als zu früheren Zeiten. Sogenannte Lager- oder Traditionskoalitionen werden durch neue Varianten zur Regierungsbildung ersetzt: neue lagerübergreifende Zusammensetzungen (z.B. Schwarz-Grün in Hamburg), neue Regierungs- bzw. Koalitionstypen (z.B. Große Koalitionen, Dreier-Bündnisse wie Jamaika im Saarland) oder neue Regierungsformate (z.B. Minderheitsregierungen wie in Hessen) (Decker 2009b: 431ff).

Wer nicht nur rechnerische, sondern belastbare politische Mehrheiten sucht, muss sich zukünftig auf dem Koalitionsmarkt tummeln. Der Parteienwettbewerb hat somit hinsichtlich der Fragmentierung, Segmentierung und Polarisierung vergleichbare europäische Dimensionen angenommen (Mielke/Eith 2008: 94ff). Die Parteiendemokratie ist seit 2005 in Deutschland im Hinblick auf Koalitionsformate bunter, vielgestaltiger, entlagerter, mobiler und koalitionsöffener geworden. Die Sprache der Spitzenakteure spiegelte das allerdings nur rudimentär wider. In alter Rhetorik wurden immer noch Lagerpolarisierungen beschworen. Wähler haben eine erkennbare Sehnsucht nach Unterscheidbarkeit der Angebote. Auch für Wahlkämpfer ist es einfacher, entlang eines Lagers polarisierend zu mobilisieren. Doch die erwartbare machttaktische Koalitions-Lotterie, bei der alles nach Schließung der Wahllokale politisch möglich sein wird, was arithmetisch zwingend ist, verflüssigte die Lager-Sehnsucht.

Die Auszehrung und Selbstverzweigung der Volksparteien durch ein Regieren in Großen Koalitionen und einem wachsenden Koalitionsmarkt (Korte 2008) machten für die Bürger die Entscheidung an der Wahlurne zum Vabanquespiel.

Der Stimmzettel wurde zum Lotterieschein. Die Wähler wählten im September 2009 erstmals im Bewusstsein dieses Koalitionsmarktes – und im Bewusstsein der bundesweit vermittelten Erfahrungen um Mehrheiten in Hessen. Eine Bundesregierung, die nur durch offenen Wortbruch von Koalitionsaussagen zustande kommen könnte (wie es in Hessen seitens der SPD beabsichtigt war), war vor diesem Erfahrungsschatz unwahrscheinlich. Insofern rangen die Parteien über Monate – wesentlich differenzierter als bei früheren Wahlkämpfen – um Koalitionsaussagen, die ihnen wiederum Spielraum für Regierungsbildungen lassen sollten. Die FDP terminierte eine Woche vor der Wahl ihren Parteitag, der die Koalitionsaussage mit der Union zum Hauptgegenstand hatte. Die Union schloss bis zum Schluss nur eine Koalition mit der Linken aus und legte sich als Wunschpartner auf die FDP fest. Die SPD schien, mit der Ausnahme der Linken, multikoalitionsfähig.

Wenn allerdings für den Wähler nicht klar ist, was aus der abgegebenen Stimme folgt – eine Stimme für Merkel oder eine Stimme für Steinmeier? – dann sinkt die Motivation, wählen zu gehen. Insofern waren vor allem die kleineren und mittleren Parteien gut beraten, gegenüber dem Wähler zu signalisieren, was sie an multiplen Koalitionsvarianten ausschließen.

## *1.2 Weichgespülte Lager: Lähmungswirkungen der Großen Koalition*

Der neue Koalitionsmarkt deutet darauf hin, dass nach 2005 eine deutlich veränderte Wettbewerbskonstellation entstanden ist (Schultze 2007: 457ff; grundsätzlich dazu auch der Beitrag von Spier i.d.B.). Das gilt allerdings nicht für die Stärkeverhältnisse der wahrgenommenen Lager. Die konkurrierenden Parteien im linken Lager (SPD, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen) haben sich, gemessen am Wählerzuspruch insgesamt, nicht geschadet. Bei den Bundestagswahlen 1998, 2002 und 2005 verfügte die politische Linke elektoral sogar über die absolute Mehrheit – zwischen 50,9 und 52,7 Prozent vor dem sogenannten bürgerlichen Lager (Decker 2009c: 74ff). Erst 2009 änderte sich das Verhältnis: 45,6 Prozent für das linke Lager, 48,4 für das bürgerliche Lager. Insofern bedeutet die Wahl eine Zäsur in der Geschichte der Bundestagswahlen seit 1998.

Doch dieses linke Lager war für die Wähler ein „defektes Lager“ (J. Raschke). Denn im Bund wollte die SPD bei der Bundestagswahl 2009 nicht mit der Linken eine Koalition eingehen. Die Grünen wiederum gehören nur noch kulturell zum linken Lager, nicht jedoch im Hinblick auf die wahlsoziologischen Befunde, nach denen sie vom bürgerlichen Mittewähler favorisiert werden. Politi-

sche Arithmetik besteht jedoch nicht in der Addition von Wählerstimmen – wie bei Zufallsmehrheiten – sondern koalitionsgemäß in der Kombinierbarkeit politischer Absichten. Da schien es so, als seien zumindest in der öffentlichen Wahrnehmung die politischen Absichten im sogenannten bürgerlichen Lager der konservativ-mitte-rechts Parteien – Union und FDP – klarer als beim defekten Lager kombinierbar. Die Stärkeverhältnisse dieser beiden Lager hatten sich in der Wählerschaft zwischen 2005 und 2009 nur marginal verändert. Die Lager wirkten eingefroren. Nur innerhalb der Lager zeigte sich Volatilität. Doch die Versuche, alte Lagerkonfrontation zu reaktivieren, treffen eine Wettbewerbskonstellation, die nur noch weichgespülte Lager erkennen lässt. Die Große Koalition hat ihre Spuren hinterlassen.

Große Koalitionen führen unweigerlich zum Ausfransen an den politischen Rändern. Sie schwächen die Großen und stärken die Kleinen. Da sich die Lagermentalitäten abschleifen, ist auch keine Gewinnsituation durch Verluste im anderen Lager mehr erkennbar. Das dramatische Abstiegszenario der SPD – in der Wahrnehmung der Wähler – korrespondiert keineswegs mit einer Zunahme in der Wählergunst für die Union. Große Koalitionen lähmen durch Konsensfiktionen den Parteienwettbewerb insgesamt. Wie ein Beruhigungsmittel agieren beide Koalitionspartner, um mit minimalen Schritten Kompromisse herzustellen: ein Stillhalteabkommen über politischen Minenfeldern. Sie langweilen das Publikum. Koalitionen des Zufalls sind Koalitionen von Zögerlichkeiten. Scharfe Auseinandersetzungen bleiben aus. Ein Ideenwettstreit um Policies und Konzepte wird vertagt. Selbstblockaden entstehen daraus, dass Große Koalitionen kein inhaltliches, gestalterisches Mandat für Veränderungen vom Wähler erhalten. Sie entstehen auf Grund von rechnerischer, nicht politischer Notwendigkeit. Wenn sie Erfolg haben wollen, müssen beide Partner systematisch ihre eigenen Wähler verunsichern. Das spüren die Parteien und arbeiten deshalb lieber wie eine gute Verwaltung zusammen: Fehlervermeidung als Prämisse und Konturlosigkeit als Arbeitsprogramm. Insgesamt breitet sich so ein Ende von Eindeutigkeiten im Schatten der Großen Koalitionen aus. Konturen und Kanten der Volksparteien verschwinden. So entsteht ein „Irgendwo im Nirgendwo“ (Dettling 2007). Selbst die Ränder sind in den beiden Volksparteien „weichgespült“. In der Konsequenz scheiden auch „Furcht-Szenarien“ aus: Weder die marktradikale Kälte einer schwarz-gelben Koalition noch ein post-sozialistisches Gespenst des linken Lagers konnten auf große Resonanz hoffen. Im Gegenteil: jede Pointierung hätte im Wahlkampf die letzten tausend Stimmen kosten können, die eine rechnerische Mehrheit ermöglichen.

### 1.3 Postmoderne Regierungsbildung: Europäische Formate

Der zurückliegende Bundestagswahlkampf hatte als zentrales übergreifendes Thema die Koalitionsfrage (Korte 2009c: 3ff). Die strukturierte Vielfalt am Wählermarkt, den wiederum ein komplexer Koalitionsmarkt mit neuen Formeln zur Macht ergänzte, ließ bereits lange vor der Bundestagswahl Spekulationen über potentielle Regierungsbildungsprozesse zu (Pappi 2009: 187ff). Falls es zu einer Zwei-Parteien-Traditionskoalition entlang der unterstellten Lager reichen sollte, würde sich jedes Gedanken-Experiment erübrigen. Doch bis zum Sommer 2009 waren im öffentlichen Diskurs unterschiedliche Modelle für eine sogenannte postmoderne Regierungsbildung (Koalitionsmuster, Koalitionstypen, Regierungsformate) vorstellbar, die europäischen Ausprägungen folgen (Lijphart 1999: 90ff; Ismayr 2009):

*Multiple Koalitionen:* Neue Konstellationen führen zu neuen Koalitionen. Lagerübergreifende, multiple Koalitionen mit drei und mehr Partnern können mathematisch notwendig werden. Ob sie sich inhaltlich im Sinne von neuen Problemsichten- und Lösungsansätzen bewähren, entscheidet der Wähler. Faktisch liegt die Kraft der Innovation solcher Koalitionen in der Ausprägung veränderter Perspektiven auf neue gravierende Konfliktlinien, die in Traditionsformationen nicht mehr lösbar erscheinen. Den Kanzler könnte auch der jeweils kleinste Koalitionspartner stellen und wäre damit unter Umständen fähig die Kraft der Kollegialität zu stärken.

*Machtwechsel ohne Ankündigung:* Wählerunabhängig, also ohne vorausgehende Bundestagswahlen, fanden die meisten Machtwechsel in den letzten 60 Jahren statt (Korte 2000: 833ff). Entweder als Typus des selbsterneuenden Machtwechsels – als Austausch des Kanzlers der Regierungspartei – oder als dosierter Machtwechsel – als kontinuieritätsverbürgendes Weiterregieren mit einem der Koalitionspartner. Solche Modelle sind vorstellbar, wenn beispielsweise aus einer Großen Koalition heraus nach zwei Jahren die Sehnsucht nach einem linken Mehrheitslager wachsen sollte. Das konstruktive Misstrauensvotum könnte es einleiten.

*Machtwechsel mit Rotations-Ankündigung:* Ebenso war vorstellbar, eine Terminierung zu vereinbaren, wann der amtierende Kanzler zurücktritt und einem Rotationsmodell folgend, der Vizekanzler zum Kanzler gewählt wird. Unvergleichbar, aber dennoch mit gewissen Analogien, hatte sich bereits 1961 die FDP im

Koalitionsvertrag mit der Union zusichern lassen, dass Adenauer für einen anderen CDU-Kanzler nach zwei Jahren des Regierens Platz macht – was allerdings nicht eingelöst wurde (Niclaß 2004).

*Minderheitsregierung mit präsidentiellem Steuerungsmodell:* Der Bundespräsident könnte zum Kanzlermacher werden (Korte 2009d: 2). Denn er spielt im formalen System der politischen Willensbildung nur solange keine eigenständige Rolle, wie belastbare politische Mehrheiten vorhanden sind. Das ändert sich schlagartig, wenn sich keine stabilen Mehrheiten für eine potentielle Regierung abzeichnen. Seine „Hard Power“ findet sich in Artikel 63 des Grundgesetzes. Er hat das Vorschlagsrecht für die Kanzlerwahl im ersten Wahlgang. Er ist verfassungsrechtlich weder personell noch zeitlich an den namentlichen Kanzler-Vorschlag des Bundestages gebunden. Auch nach weiteren erfolglosen Wahlgängen ohne einer sogenannten Kanzler-Mehrheit – nach Ablauf der 14 Tagesfrist – kann der Bundespräsident entscheiden, ob er einen mit relativer Mehrheit gewählten Minderheitskanzler benennt oder den Bundestag auflöst (dazu auch Morsey/Lübke 1999). Es könnte zum präsidentiellen Entscheidungshandeln in Krisenzeiten kommen, wenn sich keine Kanzlermehrheiten abzeichnen oder monatelange Sondierungen der Parteien um Koalitionsmehrheiten vorprogrammiert sind. Wie lange soll der Bundespräsident bei unklaren Mehrheiten darauf vertrauen, dass sich eine stabile Koalition findet? Wann wäre ein Vorschlag angebracht, eine unverbrauchte Kandidatin oder einen Kandidaten – also nicht die Spitzenkandidaten der Parteien im Wahlkampf – mit einer Regierungsbildung zu betrauen? Bislang hat in der Staatspraxis das Vorschlagsrecht des Bundespräsidenten keine eigenständige Bedeutung gewonnen, was sich aber im September 2009 erstmals hätte ändern können. Sicher hätte er nur einen „Kanzlerkandidaten“ vorschlagen, bei dem er durch nicht-öffentliche Vorsondierungen sicher gewesen wäre, dass er eine Mehrheit organisieren hätte können. Generell braucht ein Kandidat kein Mandat im Bundestag und muss keinesfalls der stärksten Fraktion angehören. Nur innerhalb einer Koalition hat bislang die stärkste Fraktion stets den Anspruch erhoben, den Kanzler zu stellen. Doch auch das ist nur Konvention, kein Verfassungsrecht. Eine vom Bundespräsidenten legitimierte Minderheitsregierung (All-Parteien-Modell oder Einparteien-Modell) hätte wie in skandinavischen Ländern Erfolg, wenn im Bundestag prinzipiell mehrere Optionen der Mehrheitsfindung mit verschiedenen Parteien für Sachkoalitionen vorhanden sind. Regierungs-, Stütz- oder Tolerierungsfraktionen (dazu auch Steffani 1991: 24ff; Strohmeier 2009) sind notwendig, um ad hoc Mehrheiten präsidentiell in so einem parlamentarischen Alltag zu sichern. Da faktisch keine starke Lagerpolarisierung

im Parteienwettbewerb 2009 vorhanden war, waren die Rahmenbedingungen für ein solches neues Modell der Regierungsbildung prinzipiell nicht schlecht, zumal präsidentielle Muster des Regierens auch im klassischen Modell der bundesdeutschen Regierungsmehrheit erkennbar sind (Korte/Fröhlich 2009).

### 1.4 Regieren in Kleinen Koalitionen

Rechnerisch reichte es am Wahltag schließlich für die Wiederauflage der CDU/CSU-FDP-Koalition. Überhangmandate<sup>3</sup> waren nicht notwendig, um die Kanzlermehrheit sicherzustellen. Nach elf Jahren bildete das sogenannte bürgerliche Lager eine Kleine Koalition, wie sie auch in allen großen Flächenländern der Bundesrepublik Deutschland in 2009 existiert. Die Koalitionsverhandlungen sollten bis zum 9. November 2010 abgeschlossen sein, da die neue Regierung die Staats- und Regierungschefs zum 20-jährigen Jubiläum des Falls der Mauer begrüßen wollte. Insofern gehörten die Verhandlungen mit 18 Tagen (5. bis 23. Oktober 2009) in der Chronologie von Koalitionsverhandlungen zu den kürzesten. Der Koalitionsvertrag „Wachstum, Bildung, Zusammenhalt“ enthält insgesamt 84 Prüfvermerke und Prüfaufträge, so dass der Interessensausgleich zwischen den Koalitionspartnern in zentralen Fragen in die Verhandlungen während der Legislaturperiode vertagt wurde.

Bereits nach wenigen Wochen sollte beim „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ eine neue Machtarchitektur erkennbar werden. Die Mehrheit im Bundesrat stand für Schwarz-Gelb auf dem Spiel, weil vor allem Schleswig-Holstein die Mehrkosten der Steuerverteilung nicht mittragen wollte. Von den Strukturmerkmalen des Regierens werden insofern die Machtpotentiale der Parteiendemokratie in der Kleinen Koalition für die Kanzlerin wichtiger als in Zeiten der Großen Koalition. Der Wettbewerb zielt nicht vorrangig auf die Konkurrenz zwischen Bund und den Ländern, sondern auf den Wettbewerb innerhalb der Kanzlerpartei – und dies außerhalb der dafür vorgesehenen parlamentarischen Verfahren.

Die Verlagerung zentraler Vorhaben aus den Koalitionsvereinbarungen in die Verhandlungsprozesse der Legislaturperiode bestimmt derzeit das öffentliche Bild der „Wunschkoalition“, die schon wenige Tage nach der Regierungsbildung das Kabinett umbilden musste (Sturm 2009: 56ff; Elger et al. 2009). Vor allem die

---

<sup>3</sup> Insgesamt gab es 24 Überhangmandate: 21 für CDU und 3 für CSU.

Steuerkontroversen lassen die Regierung als extrem uneinheitlich erscheinen.<sup>4</sup> Öffentliche Diskurshoheit besitzt von Beginn an die FDP – somit der kleinere Partner in der Koalition.

### 1.5 *Zukünftige Koalitionen*

Die strukturierte Vielfalt am Wählermarkt, den wiederum ein komplexer Wählermarkt mit neuen Formeln zur Macht ergänzt, lässt bereits lange vor der kommenden Bundestagswahl von 2013 Spekulationen über potenzielle Regierungsbildungsprozesse zu. Aus den sozialwissenschaftlichen Theorien lassen sich drei Stränge herausarbeiten, die Kategorien und Kriterien einer möglichen Strategiebildung erlauben (Korte 2010a).

#### Machtwechsel-Strategien

In der Regierungsforschung sind Mechanismen erforscht, welche die Bedingungen für Machterhalt und Machterosion nach Aufstieg und Fall von Regierungen offen legen (dazu auch Korte/Fröhlich 2009: 319ff). Sieht man sich die Zyklen des Regierens und die Typen des Machtwechsels der Bundesregierung in 60 Jahren von Bundestagswahlen an, dann fällt auf, dass es sich in der Regel um dosierte Machtwechsel handelte. Nur 1998 kam es einmalig zu einem kompletten Machtwechsel: dem Wechsel von zwei Oppositionsparteien (rot-grün) in die Bundesregierung. Ansonsten blieb in der Regel ein Koalitionspartner kontinuieritätsverbürgend in der neuen Regierung erhalten. Das gilt sowohl für Große Koalitionen als auch für klassische Traditionskoalitionen. Regierungswechsel kamen in Deutschland häufiger wählerunabhängig durch selbsterneuernde Machtwechsel als durch Bundestagswahlen zustande. Insofern besteht angesichts dieser auf Sicher-

---

<sup>4</sup> Vor den Koalitionsverhandlungen forderte die CDU Steuersenkungen von 15, die CSU von 25 und FDP von 35 Mrd. Euro. Im Koalitionsvertrag einigte man sich schließlich auf Entlastungen von insgesamt 24 Mrd. Euro, die im Laufe der Legislaturperiode umgesetzt werden sollen, aber wie alle anderen Forderungen auch unter einem generellen Finanzierungsvorbehalt standen. Öffentlicher Streit entbrannte dann im Januar 2010: Die FDP forderte eine rasche Umsetzung zum 01.01.2011, während sich die CSU dafür aussprach, erst die Steuerschätzung im Mai 2010 abzuwarten. Wenige Tage später beschloss der CDU-Vorstand trotz vorheriger Kritik einiger Ministerpräsidenten einstimmig die "Berliner Erklärung", die eine Steuerstrukturreform ab 2011 bei gleichzeitigem Hinweis auf Abbau der Neuverschuldung erwähnte.



heit, Stabilität und „no change“ angelegten politischen Kultur eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass auch nach 2013 die Union oder die FDP weiterhin mit zur Folge-Regierung gehören wird. Strategisch besteht insofern die Möglichkeit, wenn man die interessenorientierten Machtszenarien betrachtet, mehrheitsfähig zu werden, durch Koalitionsbildung mit den Parteien der bestehenden Regierungsformation. Nach der Bundestagswahl 2009 sind einmal mehr die sogenannten großen Volksparteien geschwächt worden. Sie existieren derzeit nur noch als Volkspartei-Ruinen. Mehrere mittelgroße Parteien konkurrieren heute auf dem Wähler- und Koalitionsmarkt. Kleinere Parteien können in der Regel die politischen Preise für die Koalition bestimmen. Sie können sogar starken Einfluss nehmen, wer Regierungschef wird. Es ist grundsätzlich auch nicht ausgeschlossen, dass zukünftig der kleinste Koalitionspartner den Kanzler stellt. Machtstrategisch – und das ist bei diesem Theorieansatz die Quintessenz – gilt für die Opposition das Kalkül, durch eigene Attraktivität Mehrheitsfähigkeit herzustellen. Dies kann in der Regel nur gelingen, wenn man sich auf einen Koalitionskurs mit einer Partei des bestehenden Regierungslagers vorbereitet.

### Lern-Strategien

Die lerntheoretischen Ansätze stellen nicht Macht und Interesse ins Zentrum, sondern Deutungen und Ideen (Bandelow 2009: 313ff; Nullmeier/Pritzlaff/Wiesner 2003). Lern-Erfolge waren auch bei der zurückliegenden Bundestagswahl zu beobachten. Vielfältige Paradoxien begleiteten die Wahl, scheinbare oder tatsächliche unauflösbare Widersprüche, die mit dem Format der Großen Koalition zusammenhängen (Korte/Fröhlich 2009: 319ff). Wenn zum Beispiel das Hauptmotiv von Wählern häufig darin besteht, eine Regierung abzuwählen oder zumindest politische Macht neu zu verteilen, dann war dies in 2009 schwer realisierbar. Die Wähler lernten mithin, dass ihr Einfluss auf die konkrete Regierungsbildung immer geringer wird (Dimap 2010). Das galt vor allem für die fast zeitgleich stattfindenden Landtagswahlen, die nach wochenlangen Verhandlungen zu überraschend bunten Koalitionen führten. Lerntheoretisch besteht die Möglichkeit, dass sich politische Präferenzen ändern und somit Handlungsoptionen für aktive Veränderungen entstehen. Die Bedingung dafür lautet, dass auch neue Deutungen und Ideen zur Verfügung stehen. Komplexes Lernen setzt voraus, dass entweder externe Ereignisse schockartig die Veränderungen beschleunigen oder aber, dass Policy-Broker, die neuen Deutungen und Ideen kraftvoll strategisch einsetzen. Solche Policy-Broker können Grenzstellen-Akteure zwischen verschie-

denen Arenen oder Machtmakler sein (dazu auch Grunden 2009). Sie sind die Begleiter des Wandels, sie kreieren neue Zielbilder, sie entwickeln übergeordnete neue Narrative, vielleicht sogar „Diskurs-Koalitionen“ (Nullmeier 2008). Ein ideenpolitischer Perspektivwechsel kann unter diesen Bedingungen strategisch – und langfristig – zu einer neuen Koalition führen. Welche übergeordneten Ziele in welcher neuen Wortpolitik könnten das ein? Das Beispiel von generationen gerechten, ressourcenschonendem Wachstum könnte sich dazu eignen.

### Verhandlungs-Strategien

Die Verhandlungstheorien enthalten ein Set von Indikatoren, die für das Gelingen von Verhandlungen verantwortlich sind (dazu Benz 2007: 106ff; Grasselt/Korte 2007). Unter verhandlungsstrategischen Aspekten können die Instrumente, Techniken, Machtarrangements und Präferenzsysteme zum Erfolg führen. Ebenso wichtig ist jedoch der personale Faktor. Personen machen auch unter verhandlungsstrategischen Gesichtspunkten einen Unterschied. Es ist dann weniger die Logik von Lagern oder Problemen, die zu einer potentiellen Koalition führt, sondern das personale Arrangement der Spitzenakteure. Dabei dreht es sich nicht um Grade von Sympathiewogen. Vielmehr stehen die zentralen politischen Ressourcen im Zentrum: Vertrauen, Verlässlichkeit, Wertschätzung, Integrität, Respekt. Viele der Koalitionsbildungen der letzten Monate, vor allem auf Länderebene, sind ohne diesen so zugespitzten verhandlungsstrategischen Hintergrund nicht erklärbar. Die Namen Ulrich (Grüne), Lafontaine (Die Linke) und Matschie (SPD) stehen dabei stellvertretend für Verhandlungsspielräume, die sich erweiterten bzw. verengten, weil sie mit diesen Personen existentiell und individuell verknüpft waren. Insofern gründet sich dieser strategische Koalitions-Kontext nicht primär auf gemeinsamen Interessen oder Ideen, sondern auf Personen, die sich trauen und deshalb eine gemeinsame politische Zukunft anstreben.

## 2 Wahl- und Kommunikationsforschung

### 2.1 Mobilisierungs-Paradoxien: Widersprüchliche Signale

Wie eine gedehnte Phase der Entschleunigung lag die Ferienzeit unmittelbar vor der Hochzeit des Bundestagswahlkampfes. Ein Viertel aller Wähler entscheiden

mittlerweile erst in der letzten Woche, welcher Partei sie ihre Stimme geben (Weißels 2009: 33; zur letzten Bundestagswahl 2005 Hilmer/Müller-Hilmer 2006: 183ff; Petersein 2009). Wer nicht mobilisiert, verliert die Wahl. Doch was konkret, welche Wahlkampf-Aktion für die Stimmabgabe der Wähler bewirkt, kann die Wahlkampf-Forschung bis heute nur rudimentär beantworten (Schön 2005: 89ff). Strategische Mobilisierung war im Superwahljahr 2009 mit besonderen zusätzlichen Schwierigkeiten konfrontiert, um Wähler in Zeiten der Großen Koalition ausreichend zu mobilisieren. Zu beobachten waren eine Reihe von Paradoxien – also scheinbar oder tatsächlich unauflösbare Widersprüche:

*Umrechnungs-Paradoxon:* Da existierte eine vom Bundesverfassungsgericht höchst-richterlich als „widersinnig“ eingestufte Paradoxie, die mit den Überhangmandaten und dem sogenannten negativen Stimmeneffekt zusammenhängt: Ein Mehr an Stimmen kann zu einem Weniger an Mandaten führen (dazu auch Nohlen 2009: 179ff).<sup>5</sup> Bis 2011 muss der Gesetzgeber das Wahlrecht ändern. Dabei gehören die Überhangmandate praktisch zur Geschichte des Bundestages (Korte 2009a: 62ff). SPD und CDU haben wechselseitig und periodisch davon profitiert. Das Novum hätte in 2009 darin bestehen können, dass rechnerisch eine Regierungsmehrheit ausschließlich über derartige Überhangmandate zustande käme. Wie hoch wäre dann die politische Legitimität der Regierung – zumal in Zeiten der Wirtschaftskrise, in der drastische Verteilungskonflikte erwartbar zunehmen werden? Darüber wurde öffentlich diskutiert. Die Frage nach der Legitimität stellte sich zugespitzt, weil das Bundesverfassungsgericht dieses Umrechnungsverfahren explizit als „widersinnig“ und „willkürlich“ titulierte hatte. Das gilt im Besonderen für den sogenannten negativen Stimmeneffekt (Behnke 2009). Gewinnt danach eine Partei in einem Bundesland, in dem sie Überhangmandate hat, aufgrund eines höheren Zweitstimmenanteils rein rechnerisch einen weiteren Listenplatz dazu, so kommt dieser dort eben wegen der Überhangmandate nicht zum Tragen. Erfolgt diese Verschiebung aber zu Lasten eines Landes, in welchem der Partei keine Überhangmandate zu stehen, so geht dieses Mandat dort effektiv verloren und im Bundestag verliert die Partei trotz der Stimmengewinne einen Sitz. Genau dieser Fall drohte für die CDU 2005 bei der Nachwahl in Dresden einzutreten. Entsprechend erfolgte eine taktische Mobilisierung des Wählerklientels, mit der Erststimme die Union und mit der Zweitstimme möglichst eine andere Partei zu wählen. In der Konsequenz dieser Umrechnungs-Paradoxien könnten sich die Parteien gezielt wie in den USA sogenannte „Battle-Wahlkreise“

---

<sup>5</sup> Urteil BVerfG vom 03.07.2008.

heraussuchen und extrem regionalisiert mobilisieren. Faktisch erhielt diesmal die Union alle 24 Überhangmandate (21 CDU und 3 CSU). Für die Kanzlermehrheit spielen diese Mandate jedoch keine signifikante Rolle.

*Abwahl-Paradoxie:* Auch das Regierungsformat der Großen Koalition führte zu Kuriositäten. Wähler wollen als Hauptmotiv gerne eine Regierung abwählen oder zumindest politische Macht neu verteilen. Das konnte 2009 aber nicht gelingen, denn die Große Koalition wollte gar nicht mehr antreten und führte auch keinen Koalitionswahlkampf. Von Beginn an galt die Große Koalition als strategische Gemeinschaft der Wahlverlierer (Korte 2005: 12ff; Thaysen 2006: 582ff). Rechnerisch wurde eine Fortsetzung zwar nicht ausgeschlossen, aber politisch dafür auch nicht geworben.

*Ungleichzeitigkeits-Paradoxon:* Mobilisieren war für Parteistrategen im Wahljahr 2009 auch deshalb so schwer, weil es besonderer, zusätzlicher Erklärungen über die Partei-Sympathien bedurfte. Wie erklärte sich das „Gelb-Fieber“, das Umfragehoch der FDP in der Wirtschafts- und Finanzkrise? Hatten die Liberalen nicht zum Chor der marktradikalen Befürworter gehört, wobei zügel- und regellose Märkte ursächlich doch mit zu den Auslösern der Krise gerechnet werden können? Krisengewinner müsste hingegen eigentlich eine Partei wie Die Linke sein, die als Alleinstellungsmerkmal linke Kapitalismuskritik salonfähig machte. Doch ein Krisenbonus war für die Linke in den Umfragen nicht erkennbar. In der Wahrnehmung vieler Wähler hätten die Umfragedaten für beide Parteien normalerweise in entgegengesetzte Richtungen ungleichzeitig verweisen müssen. Die Erklärungen für die Phänomene ergeben sich sachlogisch: Nicht Sympathie und Rechthaberei waren im Wahljahr gefragt, sondern ökonomische Sachkompetenz, die wiederum eine Mehrzahl der Wähler bei der FDP, aber nicht bei den Linken verortet sah (Infratest Dimap 2009b: 13).

*„Lindenstraßen-Paradoxon“:* Wer die Große Koalition als Dauer-Serie ohne absehbares Ende verhindern wollte, muss die Parteien der Großen Koalition wählen. Nur wenn die Volksparteien genügend Stimmen erhalten würden, konnte es am Ende für kleine Koalitionen reichen.

*Abschwung-Paradoxon:* Wirtschaftliche Abschwungsphasen waren bislang immer schwierige Rahmenbedingungen, um wiedergewählt zu werden. Auch diese Regel schien 2009 durchbrochen zu werden. Trotz eines historisch einmaligen Minus-Wachstum (Rezession in Höhe von fünf Prozent) deuteten die Umfragedaten bis

kurz vor dem Wahltag nicht daraufhin, dass sich die Kanzlerschaft Merkel dem Ende zuneigen würde. Die Fortsetzung der Großen Koalition hätte ihre Kanzlerschaft ebenso gesichert, wie nicht völlig unwahrscheinliche schwarz-gelbe oder schwarz-grüne Mehrheiten. Für die Mehrheit der Wähler stand vor der Wahl fest, dass Merkel I auch Merkel II sein wird – trotz der Abschwungphase.

*Ampel-Paradoxon:* Die SPD hatte ein zusätzliches Ampel-Paradoxon geschaffen. Sie kämpfte offiziell gegen Schwarz-Gelb und plakatierte bereits im Europawahlkampf die „Finanzhaie“ gegen die FDP. Andererseits brauchte sie dringend die Liberalen nach 18 Uhr am Wahlsonntag. Denn nur eine Ampel-Koalition (rot-gelb-grün) schien Steinmeier realistischerweise ins Kanzleramt zu bringen.

Mobilisierungen der eigenen Anhänger im Wahljahr 2009 waren für die CDU und die SPD – auch unabhängig von diesen Paradoxien – extrem schwierig. Denn weder Merkel noch Steinmeier sind Wahlkampf-Heroen. Sie sind als Exzentriker der Parteiendemokratie an die Spitze der Partei bzw. in das Amt des Kanzlerkandidaten gekommen (Mielke 2009a: 9ff). Innerparteilich belastbare Kampfgemeinschaften ergeben sich daraus nicht automatisch. Die leise programmatische Revolution (Perger 2009), die Merkel im Bereich der Gesellschafts-, Familien-, Integrations- und Umweltpolitik ultrapragmatisch vollzogen hat, verunsicherte konservative Stammwähler (Korte 2009b: 11). Steinmeier konnte noch weniger als Merkel auf eine enthusiastische Unterstützung im eigenen Lager hoffen. Dafür galt er zu sehr als „Schröderianer“ und blieb in Mithaftung für die Agenda 2010 (Mielke 2009b: 229ff). Besonders herausgehobene Mobilisierungseffekte waren diesmal auch nicht vom TV-Duell zu erwarten, das 2005 immerhin fast 20 Millionen Zuschauer über fast die gesamte Ausstrahlungsdauer vor die Fernsehgeräte lockte (Maurer 2006). Das TV-Duell 2009 hatte eher den Typus eines Selbstgesprächs unter Kabinettsmitgliedern (Birnbaum/Schäuble 2009: 2). Die Leistungsbilanz der Regierung konnte kein Thema sein, denn dafür waren Merkel und Steinmeier gemeinsam verantwortlich. Nur um Zukunftskompetenz konnte gestritten werden.

## 2.2 Wählerische Wähler: Koalitionswähler

Ein Multioptionswahlkampf war wahrscheinlicher als ein polarisierender Lagerwahlkampf, da die Wettbewerbskonstellation in Zeiten der Großen Koalition

changierender und unkalkulierbarer daher kam als 2005.<sup>6</sup> Das Wählerprofil hatte sich zudem gewandelt. Wählerische Wähler nehmen tendenziell zu (Schultze 2009: 9; Weißels 2009a: 33ff, 2009b: 9ff). Wechselwähler-Wahlkämpfe sind die strategische Antwort. Immer weniger Wähler entscheiden zudem über immer mehr. Der Nichtwähleranteil hat in den letzten Jahren zugenommen, was Wahlergebnisse weniger repräsentativ macht, aber keineswegs weniger demokratisch (Merkel 2009: 13ff). In den letzten 20 Jahren hat sich der Anteil der Wechselwähler bei Bundestagswahlen verdoppelt. Immer weniger Wähler sind parteipolitisch gebunden, immer mehr wechseln ihre Parteipräferenzen in immer kürzeren Abständen. Dennoch ist der Wähler kein Flugsand, sondern in der Regel, trotz gewachsener Volatilität, einer Partei prinzipiell mehr zugeneigt als einer anderen. Deutlicher verändert hat sich hingegen der Grund der Wahlentscheidung, der immer häufiger leistungsorientiert und immer weniger milieu- bzw. bindungsorientiert ableitbar ist. Leistungsorientiertheit bezieht sich auf einen konkreten Zukunftsnutzen und eine Zukunftssicherheit, die für die individuelle Wahlentscheidung wichtig ist (Mielke/Eith 2009: 315ff). Grundsätzlich sind die Wähler rationaler in ihrer Wahlentscheidung, das bedeutet, dass der Anteil der Koalitionswähler mit bewusstem Stimmensplitting zugenommen hat. Problematisch bleibt der Anteil der unpolitischen Gesinnungswähler, die stimmungsgetrieben, spontan, kurzentschlossen wählen, wobei die Begründung oft eher ästhetischen als politischen Kategorien entspringt. Bei knappen Wahlentscheidungen können auch diese Wähler wahlentscheidend werden. Die Grundtrends des wählerischen Wählens haben sich auch bei der Bundestagswahl 2009 bestätigt bzw. sogar noch intensiviert. Mehr Wähler als jemals zuvor (13 Millionen) orientierten sich zwischen 2005 und 2009 neu (Weißels 2009b): „Nach der Veränderung zwischen 1949 und 1953 (14,2 Prozent) sehen wir 2009 mit 12,6 Prozent die höchste in der Bundesrepublik verzeichnete Volatilität. Sie liegt doppelt so hoch wie die des Durchschnitts der Bundestagswahlen 1965 bis 2005“ (Weißels 2009b: 34).

### 2.3 *Ratlose Ruhe: Sicherheitskonservatismus*

Die Wirtschafts- und Finanzkrise stellte das Politikmanagement unter extreme Bedingungen von Komplexität und Unsicherheit (Korte 2010a). Ebenso galt dies für die Wahlkampf-Strategie und den Parteienwettbewerb. Strategische Momente verschaffen einer Kanzlerschaft den immerwährenden Eintrag ins Geschichts-

---

<sup>6</sup> In den Bundesländern sind zurzeit noch drei weitere Große Koalitionen im Amt.

buch (Korte 2009b: 11). Die Finanz- und Wirtschaftskrise gehörte zweifellos seit 2008 zu solchen markanten Schlüsselereignissen, die aus der Enge des situativen Regierens ein Reservat der Schläuheit machen können (Scobel 2008). Die Krise hat politische Gewissheiten in einer ähnlichen Geschwindigkeit vernichtet, wie die Finanzakrobaten das Kapital. Weniger Schulden, ausgeglichene Haushalte, Reduzierung der Staatsquote – das klingt mittlerweile wie frühe Vorgeschichte. Damit frisst die Krise auch ein Stück demokratische Normalität. Wie wirkt sich dieser Gewissheitsschwund auf politische Einstellungen aus? Die Große Koalition hatte wenige Monate vor ihrem selbst beabsichtigten Ende erstmals auch ein großes Mandat zum Handeln erhalten. Bei Angela Merkel schien sich bislang das Besondere ihrer Kanzlerschaft auf das Ausnahme-Format der Koalition zu beziehen und immer wieder auf die Anerkennung, als erste deutsche Frau zur Kanzlerin gewählt worden zu sein (Korte 2010c). Doch erst in dem Moment, in dem die Ökonomie ihre Leitfunktion für die Politik verloren schien, im Schatten des Zeitenbruchs, hatte sie den strategischen Moment, der ihre Kanzlerschaft unvergessen machen konnte – ein Kipp-Punkt des Regierens, der allerdings in den Machtverlust oder souverän in die zweite Kanzlerschaft führen konnte.

Es herrschte ratlose Ruhe. Kaufmännisch-kühl betrachteten die Wähler das Krisen-Szenario. Das Primat der Politik schien zurückgekehrt. Die Regierungen erkämpften sich Tageserfolge, ohne zu verhehlen, dass ihre Entscheidungen hinter dem Schleier des Nicht-Wissens fallen. Auf der Suche nach dem Schuldigen für die Krise fehlte die Wut der Empfänger. Insofern war auch nicht prognostizierbar, wie sich politische Einstellungen der Wähler bis zum Wahltag krisenbedingt änderten. Radikalisierte sich die Straße? Oder galt das Hauptaugenmerk der individuellen Absicherung, der Status-Quo-Flucht? Konnte unter solchen Bedingungen die Große Koalition ein neuer Reputationsort als Krisen-Gewinner für eine bürgerliche Wähler-Allianz aus Berechenbarkeit und Angst sein?

Vieles deutete darauf hin, dass im Wahljahr 2009 noch weniger als bisher die Sympathie der Kandidaten oder der Parteien entscheidend war. Was zählte, waren offenbar Erfahrung im Krisenmanagement und ökonomische Kompetenz-Ausstrahlung. Denn unsichere Wähler wählen keine unsicheren Politiker (Delhees 2008). Wähler haben mehrheitlich ein feines Gespür dafür, ob der Kandidat als populistischer Volksbelauscher daherkommt oder als Problem-Löser. Der öffentliche Diskurs hatte sich verändert. Sicherheit schlug Gerechtigkeit: Aus der Renaissance der Sozialstaats-Räson nach 2005 entwickelte sich die Renaissance der Politik, aus der Frage nach sozialer Gerechtigkeit wurde die Suche nach Sicherheit. Das Grundgefühl einer Risikokultur hatte sich in alle Schichten ausgeweitet. Ein sozialpolitischer Sicherheitskonservatismus breitete sich aus, bei dem

es sich primär um Wohlstandssicherung drehte, kombiniert mit einem biedermeierlichen Rückzug ins Private und einem Vertrauensvorschub gegenüber dem Staat (Embacher 2009; Korte 2007).

Der Wahlabend bestätigte diese Annahmen. Die Kanzlerin sprach in der Fernsehunde der Parteivorsitzenden vom „weiterentwickeln“ der von der Großen Koalition initiierten Gesetze (Schwarz 2009: 277ff; Lohse/Wehner 2009). Sie bezeichnete sich präsidial als „Kanzlerin aller Deutschen“. Schwarz-Rot-Gelb schien das Ergebnis der Wahl zu sein: eine dosierte, kontinuieritäts- und sicherheitsverbürgte Weiterentwicklung auf dem wohlfahrtsstaatlichen Pfad. Zumindest bis zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 9. Mai 2010 sollte dieser sicherheitskonservative Kurs öffentlich tragen.

### 3 Konturen des Neuen

Die Konturen des Neuen prägten das Superwahljahr 2009. Für die Regierungs-, Parteien-, Wahl- und Kommunikationsforschung eröffnen sich neue Fragestellungen, die in den nachfolgenden Analysen weiter ausgeleuchtet werden. In diesem Beitrag wurde ein komplexer Problemaufriss konturiert, der helfen soll, das Themenspektrum zu strukturieren.

Der Parteienwettbewerb sah sich mit strukturierter Vielfalt der Wähler konfrontiert. Multioptionswahlkämpfe voller Paradoxien setzten den traditionellen Mobilisierungsstrategien Grenzen. Wählen im Schatten der Großen Koalition und der Wirtschaftskrise erreichte eine Eigengesetzlichkeit, die sich historischen Analogien entzieht. Es ist deshalb vielleicht auch gar kein Zufall, dass der neuen Bundesregierung ein Begriff für das Neue bislang fehlt (Bude 2009).

Der Konzeptionsband beleuchtet die Bundestagswahl aus vier Perspektiven. Den Anfang machen Analysen der Wahlforschung. *Matthias Jung*, *Yvonne Schroth* und *Andrea Wolf* untersuchen den Einfluss von Kandidaten und Themen sowie von Sozialstruktur und Parteibindungen auf das Wählerverhalten. Im Anschluss fragen *Rüdiger Schmitt-Beck* und *Ansgar Wolsing* nach dem Zusammenhang von Wahlkampagnen und Wählerverhalten. Ihr Interesse gilt sowohl der Reichweite als auch der Effektivität der Kampagnen, die sie anhand der Rezeption der Wahlkampfinstrumente durch die Wähler untersuchen. Im letzten Beitrag zur Wahlforschung analysiert *Thorsten Faas* die Entwicklung der Wahlbeteiligung. Er kann zeigen, worauf die niedrige Wahlbeteiligung zurückzuführen ist und wer von unterschiedlichen Wahlbeteiligungsniveaus profitiert.



Die Analysen der Parteienforschung beginnen mit einem Überblick über die programmatischen Distanzen der Parteien im Wahljahr 2009. *Jan Treibel* identifiziert in seiner umfassenden Inhaltsanalyse der Wahl- und Grundsatzprogramme die programmatischen Parteidifferenzen und zeigt, wie sich diese im Koalitionsvertrag von Union und FDP widerspiegeln. Der programmatische Parteienwettbewerb spielt auch im Aufsatz von *Ulrich Eith* eine zentrale Rolle. Er fragt nach den Gründen für die Mobilisierungsschwäche von Christ- und Sozialdemokraten. Er kann darlegen, dass es Union und SPD nur dann gelingen wird, ihren Status als Volkspartei zu erhalten, wenn sie in Zukunft wieder Wählerkoalitionen aus Traditionswählern und ungebundenen Wählergruppen zu schmieden vermögen.

Im europäischen Ausland ist der Niedergang der Volksparteiendemokratie schon weiter fortgeschritten als in Deutschland. *Ton Nijhuis* widmet sich in seinem Beitrag den Parallelen im deutschen und niederländischen Parteiensystem. Er zeichnet den Weg nach, der in den Niederlanden zu einem nivellierten Vielparteiensystem geführt hat und den auch die deutsche Parteienlandschaft trotz aller Unterschiede nehmen könnte. *Ludger Helms* richtet seinen Blick nach Österreich. Die Alpenrepublik gilt als das Land der ewigen Großen Koalition. Drohen angesichts schwacher Volksparteien nun auch „österreichische Verhältnisse“ in Deutschland? Die Parallelen sind augenfällig, aber täuschen doch über wichtige Unterschiede hinweg. Ludger Helms plädiert zudem für eine kritische Hinterfragung eines Österreich-Bildes, das die Zweite Republik als „ein Regime im permanenten Würgegriff Großer Koalitionen zeichnet“.

*Lothar Probst* diskutiert schließlich die These der „Europäisierung“ des deutschen Parteiensystems. Sein internationaler Vergleich widmet sich der Frage, ob die zu beobachtende Fragmentierung, Segmentierung und Polarisierung in Europa Ausdruck einer gleichgerichteten Entwicklungsdynamik sind, der nun auch das deutsche Parteiensystem unterworfen ist.

Zur Untersuchung der kommunikativen Strategien der Parteien folgt im Anschluss die Perspektive der Kommunikationsforschung. Die Schlagworte Modernisierung und Professionalisierung leiten *Klaus Kamps* bei seinem Vergleich der Wahlkampforganisationen. Auf der Suche nach Innovation und Tradition vergleicht er die organisatorischen Arrangements der Parteien für den Wahlkampf. Im Zeichen von Innovationen verdient der Internetwahlkampf eine genauere Betrachtung. *Hagen Albers* untersucht in seinem Beitrag den Einsatz von Instrumenten des Web 2.0. Mit einer Bewertung der Portale, sozialen Netzwerke und Videodienste macht er zugleich Aussagen über Wirkung und Stellenwert neuer Kommunikationskanäle.

Im darauf folgenden Aufsatz analysiert *Christoph Bieber* die Entwicklung des „Kanzler-Duells“. Anhand einer Gegenüberstellung deutscher und US-amerikanischer TV Formate zeigt er Konsequenzen und Perspektiven für die Entwicklung der Debattenlandschaft im deutschen Mediensystem auf. Bieber demonstriert auch, dass das aus den USA bekannte Dreieck von Politik, Medien und Bürgern hierzulande bisher noch nicht verwirklicht worden ist.

Welche Lehren wir zudem aus dem US-amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf ziehen können, fragt *Jackson Janes*. Unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen vergleicht er die Wählermobilisierung beider Länder. Nach Janes wirkt die Polarisierung im US-Wahlkampf bis heute nach: Lager sind klar voneinander zu unterscheiden und Kompromisse erschwert. Ein klarer Unterschied zu den Wahlkämpfen in Europa, obwohl sich die Kommunikation im Wahlkampf angeglichen hat.

Die Perspektive der Regierungsforschung greift schließlich über den Wahlabend hinaus. Der Beitrag von *Andreas Blätte* knüpft zunächst an die drei vorhergehenden Perspektiven an. Er geht dabei von der Frage aus, warum ein polarisierter Parteienwettbewerb ausgeblieben ist. Naheliegende Antworten, wie etwa profillose Kandidaten oder das Format Große Koalition weist er als nicht haltbar zurück. Vielmehr hätten die Strategien der beiden großen Parteien den Ausschlag gegeben. Im darauf folgenden Beitrag begibt sich *Tim Spier* dann auf das Feld der Koalitionsbildung. Neue Koalitionsoptionen, auch solche lagerübergreifender Natur, wurden bereits vor 2009 diskutiert. Spier analysiert in seinem Aufsatz historische Fälle lagerübergreifender Koalitionen in den Bundesländern. Er identifiziert Merkmale und Voraussetzungen, die auch für den bundespolitischen Koalitionsmarkt Bedeutung haben könnten. Daran anschließend untersucht *Niko Switek*, ob Dreierbündnisse die Antwort auf das heutige Fünfparteiensystem sind. Mit Szenarien zu Rot-rot-grün, Ampel und Jamaika fragt Switek nach den Voraussetzungen für eine erfolgreiche Koalitionsbildung. Hierzu zählen nicht nur Schnittmengen und Vertrauen, sondern auch Strategie und kommunikative Legitimation.

Der Konzeptionsband schließt mit einem Ausblick auf das schwarz-gelbe Projekt. *Timo Grunden* nimmt sich in seinem Aufsatz die Regierungsabsichten von CDU/CSU und FDP vor. Mit einer Analyse des Koalitionsvertrages erläutert er die zentralen Koalitionsvorhaben und welche eigene Agenda die Koalitionäre dabei verfolgen. Eine Bewertung der Handlungsspielräume, also der Machbarkeit der Schlüsselprojekte schwarz-gelber Reformpolitik (Steuersenkungen, Haushaltskonsolidierung, Umbau der sozialen Sicherungssysteme) rundet die vier eingeschlagenen Perspektiven des Bandes ab.

## Literatur

- Behnke, Joachim (2009): Kanzlerin: Merkel, Vizekanzler: Westerwelle. In: Süddeutsche Zeitung vom 02.07.2009.
- Benz, Arthur/Lütz, Susanne/Schimank, Uwe/Simonis, Georg (Hrsg.) (2007): Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder. Wiesbaden.
- Bandelow, Niels C. (2009): Politisches Lernen. In: Schubert, Klaus/Bandelow, Nils C. (Hrsg.): Lehrbuch der Politikfeldanalyse 2.0. München. S. 313-346.
- Birnbaum, Robert/Schäuble, Juliane (2009): Es gilt das gesprochene Wort. In: Der Tagesspiegel vom 15.09.2009. S. 2.
- Böschen, Stefan/Schneider, Michael/Lerf, Anton (Hrsg.) (2004): Handeln trotz Nichtwissen. Vom Umgang mit Chaos und Risiko in Politik, Industrie und Wissenschaft. Frankfurt am Main.
- Bude, Heinz (2009): Wie klug ist die FDP. Ein Gespräch mit Heinz Bude. In: Die ZEIT Nr. 42 vom 08.10.2009.
- Decker, Frank (2009a): Koalitionsaussagen und Koalitionsbildung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Heft 51/2009. S. 20-26.
- Decker, Frank (2009b): Koalitionsaussagen der Parteien vor Wahlen. Eine Forschungsskizze im Kontext des deutschen Regierungssystems. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 40, Heft 2. S. 431-453.
- Decker, Frank (2009c): Veränderungen in der Parteienlandschaft. In: Der Bürger im Staat. Jg. 14, Heft 2. S. 74-81.
- Delhees, Stefanie/Korte, Karl-Rudolf/Schartau, Florian/Switek, Niko/Weissenbach, Kristina (2008): Wohlfahrtsstaatliche Reformkommunikation: westeuropäische Parteien auf Mehrheitssuche. Baden Baden.
- Dettling, Warnfried (2007): Parteien auf der Suche. In: Thinktank #8 – Wertewandel – neue Ideen für alte Werte. Berlin.
- Dimap (2010): Dem Nichtwähler auf der Spur. In: Infodienst Inter/esse. Heft 1/2010. S. 4-5. Auch online abrufbar unter <http://www.bankenverband.de/channel/133810/art/2909/index.html> (Stand: 09.03.2010).
- Elger, Katrin et al. (2009): Berliner Casino. In: Der Spiegel Nr. 45 vom 02.11.2009.
- Embacher, Serge (2009): Demokratie Nein danke? Demokratieverdross in Deutschland. Die neue Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn.
- Forschungsgruppe Wahlen (2009): Bundestagswahl. Eine Analyse der Wahl vom 27. September 2009. Mannheim.
- Geiling, Heiko/Vester, Michael (2007): Das soziale Kapital der politischen Parteien. Die Akzeptanzkrise der Volksparteien als Frage der Individualisierung oder der sozialen Gerechtigkeit. In: Brettschneider, Frank/Niedermayer, Oskar/Weßels, Bernhard (Hrsg.): Die Bundestagswahl 2005. Wiesbaden. S. 457-490.
- Grasselt, Nico/Korte, Karl-Rudolf (2007): Führung in Politik und Wirtschaft. Instrumente, Stile und Techniken. Wiesbaden.

- Grunden, Timo (2009): Politikberatung im Innenhof der Macht. Zu Einfluss und Funktion der persönlichen Berater deutscher Ministerpräsidenten. Studien der NRW School of Governance. Wiesbaden.
- Hilmer, Richard/Müller-Hilmer, Rita (2006): Die Bundestagswahl vom 18. September 2005: Votum für Wechsel und Kontinuität. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 37, Heft 1. S. 183-218.
- Infratest Dimap (2009a): Deutschland hat gewählt. Wahlreport. Bundestagswahl 27. September 2009. Berlin
- Infratest Dimap (2009b): ARD-DeutschlandTREND April 2009. Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag der ARD-Tagesthemen und sechs Tageszeitungen. S. 13.
- Ismayr, Wolfgang (Hrsg.) (2009): Die politischen Systeme Westeuropas. 4. Aufl. Wiesbaden.
- Korte, Karl-Rudolf (2010a): Strategie und Regierung. Politikmanagement unter den Bedingungen von Komplexität und Unsicherheit. In: Tils, Ralf/Raschke, Joachim (Hrsg.): Politische Strategie. Eine Einführung. Wiesbaden (i.E.).
- Korte, Karl-Rudolf (2010b): Wie bilden sich zukünftig Koalitionen? Antworten aus der politikwissenschaftlichen Theorie. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen (i.E.).
- Korte, Karl-Rudolf (2010c): Präsidentielles Zaudern. Der Regierungsstil von Angela Merkel in der Großen Koalition 2005-2009. In: Bukow, Sebastian/Seemann, Wenke (Hrsg.): Die Große Koalition. Regierung – Politik – Parteien 2005 – 2009. Wiesbaden (i.E.).
- Korte, Karl-Rudolf (2009a): Wahlen in Deutschland. 6. Aufl. Bonn.
- Korte, Karl-Rudolf (2009b): Präsidentielles Zaudern – Suchbewegungen nach dem Phänomen Angela Merkel und dem Kipp-Punkt des Regierens. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18.04.2009. S. 11.
- Korte, Karl-Rudolf (2009c): Neue Qualität des Parteienwettbewerbs im Superwahljahr, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Heft 38/2009. S. 3-8.
- Korte, Karl-Rudolf (2009d): Krisenzeiten: Die Stunde des Staatsoberhauptes. In: Süddeutsche Zeitung vom 18./19.04.2009. S. 2.
- Korte, Karl-Rudolf (2008): Die Konsensmaschine stottert. In: Die ZEIT Nr. 43 vom 16.10.2008.
- Korte, Karl-Rudolf (2007): Linkskonservativ mitfühlend. In: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte. Heft 12/2007. S. 49-52.
- Korte, Karl-Rudolf (2005): Was entschied die Bundestagswahl? In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Heft 50-51/2005. S. 12-18.
- Korte, Karl-Rudolf (2000): Konjunkturen des Machtwechsels in Deutschland: Regeln für das Ende der Regierungsmacht? In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 31, Heft 4. S. 833-857.
- Korte, Karl-Rudolf/Fröhlich, Manuel (2009): Politik und Regieren in Deutschland. Strukturen, Prozesse, Entscheidungen. 3. Aufl. Paderborn u.a.
- Lösche, Peter (2009): Ende der Volksparteien. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Heft 51/2009. S. 6-12.
- Lohse, Eckart/Wehner, Markus (2009): Rosenkrieg. Die große Koalition 2005-2009. Köln.

- Lijphart, Arend (1999): *Patterns of Democracy. Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries*. New Haven/London. S. 90-115.
- Maurer, Marcus/Reinemann, Carsten/Maier, Jürgen/Maier, Michaela (2006), Schröder gegen Merkel. Wahrnehmung und Wirkung des TV-Duells 2005 im Ost-West-Vergleich. Wiesbaden.
- Merkel, Wolfgang (2009): Der Parteienverächter. Wider den publizistischem Stammtisch – ein Zwischenruf. In: *WZB-Mitteilungen*. Heft 124/2009. S. 13-16.
- Mielke, Gerd (2009a): The Misfit. Angela Merkel und ihr zweiter Versuch, einen ordentlichen Wahlkampf für die Union zu machen. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*. Heft 2/2009. S. 9-19.
- Mielke, Gerd (2009b): Endspurt mit schweren Beinen. Zur innerparteilichen Lage der SPD. In: Machnig, Matthias/Raschke, Joachim (Hrsg.): *Wohin steuert Deutschland? Bundestagswahl 2009. Ein Blick hinter die Kulissen*. Hamburg. S. 229-242.
- Mielke, Gerd/Eith, Ulrich (2008): Im Versuchslabor. Der Strukturwandel des deutschen Parteiensystems. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*. Heft 4/2008. S. 94-103.
- Mielke, Gerd/Eith, Ulrich (2009): Wahlforschung. Zur Bedeutung und Methodik empirischer Sozialforschung in der Politikwissenschaft. In: Lauth, Hans-Joachim/Wagner, Christian (Hrsg.): *Politikwissenschaft. Eine Einführung*. 6. Aufl. Paderborn. S. 315-344.
- Morsey, Rudolf/Lübke, Heinrich (1996): *Eine politische Biographie*. Paderborn.
- Murswiek, Axel (2009): Angela Merkel als Regierungschefin und als Kanzlerkandidatin. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Heft 51/2009. S. 12-19.
- Niedermayer, Oskar (2007): Die Entwicklung des bundesdeutschen Parteiensystems. In: Decker, Frank/Neu, Viola (Hrsg.): *Handbuch der deutschen Parteien*. Wiesbaden. S. 114-135.
- Niclauß, Karlheinz (2004): *Kanzlerdemokratie: Regierungsführung von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder*. 2. Aufl. Paderborn.
- Nohlen, Dieter (2009): Erfolgswertgleichheit als fixe Idee oder: Zurück zu Weimar? Zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts über das Bundeswahlgesetz vom 3. Juli 2008. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. Jg. 40, Heft 1. S. 179-195.
- Nullmeier, Frank (2008): Strategische Kommunikationsberatung. Öffentliche Diskurse zwischen Veto und Wandel. In: *Zeitschrift für Politikberatung*. Jg. 1, Heft 2. S. 157-169.
- Nullmeier, Frank/Pritzlaff, Tanja/Wiesner, Achim (2003): *Mikro-Policy-Analyse. Ethnographische Politikforschung am Beispiel Hochschulpolitik*. Frankfurt/New York.
- Pappi, Franz Urban (2009): Regierungsbildung im deutschen Fünf-Parteiensystem. In: *Politische Vierteljahresschrift*. Jg. 50, Heft 2. S. 187-202.
- Petersein, Thomas (2009) Die unverdrossenen Nichtwähler. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 22.07.2009.
- Perger, Werner A. (2009): Deutsche Volksparteien. Die Zeit der Helden und Alpha-Tiere ist vorbei. In: *Die ZEIT* vom 25.06.2009.
- Rawls, John (1979): *Eine Theorie der Gerechtigkeit*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main.
- Scharpf, Fritz W. (1970): *Demokratietheorie zwischen Utopie und Anpassung*. Konstanz.

- Schoen, Harald (2005): Daten in der empirischen Wahlforschung. In: Falter, Jürgen W./ Schoen, Harald (Hrsg.): Handbuch Wahlforschung. Wiesbaden. S. 89-103.
- Schultze, Rainer Olaf (2007): Wählerverhalten im Zeichen struktureller Vielfalt. In: Der Bürger im Staat. Jg. 12, Heft 2. S. 82-89.
- Sauga, Michael/Feldenkirchen, Markus/Kurbjuweit, Dirk (2008): Ich gehorche der Vernunft. Spiegel-Gespräch mit Peer Steibrück. In: Der Spiegel Nr. 49 vom 01.12.2008.
- Scobel, Gert (2008): Weisheit. Über das, was uns fehlt. Köln.
- Steffani, Winfried (Hrsg.) (1991): Regierungsmehrheit und Opposition in den Staaten der EG. Opladen. S. 24-26.
- Strohmeier, Gerd (2009): Minderheitsregierungen in Deutschland auf Bundesebene – Krise oder Chance? In: Zeitschrift für Politik. Heft 3/2009. S. 260-283
- Sturm, Roland (2009): Die Regierungsbildung und Koalition nach der Bundestagswahl 2009. In: Politische Studien. Jg. 60, Heft 428. S. 56-65.
- Schwarz, Hans-Peter (2009): Die Fraktion als Machtfaktor. In: Ders. (Hrsg.) (2009): Die Fraktion als Machtfaktor. München. S. 277-314.
- Thaysen, Uwe (2006): Regierungsbildung 2005: Merkel, Merkel I, Merkel II? In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 37, Heft 3. S. 582-610.
- Weßels, Bernhard (2009a): Splitting sichert den Wechsel. In: WZB Mitteilungen. Heft 126/2009. S. 33-37.
- Weßels, Bernhard (2009b): Bürgervertrauen ist parteiisch. Von einer Krise der Repräsentation kann in Deutschland keine Rede sein. In: WZB-Mitteilungen. Heft 124/2009. S. 9-12.